

Stand: 28.04.2024 21:11:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26044

"Keine Dieselfahrverbote in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26044 vom 24.01.2023
2. Beschluss des Plenums 18/26134 vom 25.01.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 25.01.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Uli Henkel, Franz Bergmüller, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Keine Dieselfahrverbote in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Art. 2 Abs. 8 i. V. m. Abs. 2 Nr. 2 b des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes (BayImSchG) ersatzlos zu streichen und damit zur Regelung vor dem 1. Juni 2021 zurückzukehren, wonach gem. § 47 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) die Staatsregierung für die Erstellung der Luftreinhaltepläne auch bei kreisfreien Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern zuständig ist.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, die ohnehin schon rein willkürlich festgelegten Grenzwerte für Stickstoffdioxid im Außenbereich nicht so wie geplant noch weiter zu verschärfen.

Begründung:

Mit der zum 1. Juni 2021 wirksam gewordenen Änderungen des BayImSchG hat der Freistaat seine Verantwortlichkeit für die Erstellung der Luftreinhaltepläne an die kreisfreien Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohner übertragen. Dies wohl, um sich so elegant aus seiner Verantwortung für drohende bzw. sogar bereits laufende Klagen von dubiosen Abmahnvereinen wie der sog. Deutschen Umwelthilfe zu stehlen.

Direkt betroffen sind in den ersten beiden Stufen zunächst einmal ca. 140 000 Dieselfahrzeuge. Die Stadt München wird nun ab dem 1. Februar 2023 ein Dieselfahrverbot innerhalb und sogar auf dem Mittleren Ring einführen, und schon ab 1. Oktober 2023 droht ein Dieselfahrverbot auch für Euro-5-Fahrzeuge, wenn es weiterhin zu gelegentlichen minimalen Überschreitungen der Stickstoffdioxidwerte (NO₂) kommt.

Das beschlossene Dieselfahrverbot in München ist aber unverhältnismäßig. Nachdem aus Brüssel sogar bereits erste Signale einer geplanten weiteren Verschärfung der Grenzwerte kommen, gilt es nun von Bayern aus den dortigen Akteuren die rote Karte zu zeigen – würde eine angedachte Senkung auf 20 oder sogar 10 Mikrogramm doch das faktische Aus für alle dieselbetriebenen Fahrzeuge bedeuten. Als Automobilstandort muss Bayern dem deshalb auch entschlossen entgegentreten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Uli Henkel, Franz Bergmüller, Gerd Mannes**
und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**26044**

Keine Dieselfahrverbote in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Uli Henkel

Abg. Alexander Flierl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Inge Aures

Abg. Sebastian Körber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Uli Henkel, Franz Bergmüller, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)

Keine Dieselfahrverbote in Bayern (Drs. 18/26044)

Ich weise noch einmal darauf hin, dass auch hier namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Erster Redner ist der Abgeordnete Uli Henkel.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Die Gängelung der Bürger insbesondere im Bereich des Individualverkehrs nimmt leider von Jahr zu Jahr weiter zu. Unser heutiger Antrag hat die Zielrichtung, das drohende Dieselfahrverbot in München zu Fall zu bringen und bereits drohenden Verschärfungen aus Brüssel entschieden entgegenzutreten.

Zunächst gilt es, die Staatsregierung noch einmal dafür zu rügen, dass diese sich zum 1. Juni 2021 aus ihrer Verantwortung für die Aufstellung der Luftreinhaltepläne gemäß § 47 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gestohlen hat und dadurch über 140.000 Dieselfahrer der grün-roten Landeshauptstadt quasi zum Fraß vorgeworfen hat.

Liebe Kollegen, dann aber möchte ich die Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN bei ihrer Ehre packen und sie in namentlicher Abstimmung heute dazu auffordern,

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Farbe zu bekennen, sprich: zu erklären, dass auch sie sich – wie die AfD – schützend vor die betroffenen Dieselfahrer stellen möchten und stellen werden.

(Unruhe)

Der Münchner Stadtrat hat gegen die Stimmen von AfD und CSU erst am 21. Dezember beschlossen, überfallartig bereits zum 1. Februar ein Dieselfahrverbot zu verhängen. Da muss doch das Gerechtigkeitsgefühl jedes bürgerlichen Abgeordneten in diesem Hohen Hause rebellieren und aufbegehren, kann solch ein faktisch enteignungsgleicher Eingriff doch von Ihnen nicht so einfach widerspruchslos hingenommen werden.

Das nun in sieben Tagen bereits in Kraft tretende Fahrverbot ist aus Sicht der AfD absolut unverhältnismäßig, das Argument des Gesundheitsschutzes sticht hier eben gerade nicht.

(Anhaltende Unruhe)

– Wären Sie hier im Raum freundlicherweise ein bisschen ruhiger? – Ich danke Ihnen herzlich. Das ist für die Bürger in München ein wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der AfD – Tim Pargent (GRÜNE): Es ist ungefähr so laut, wie wenn man neben einer Straße wohnt!)

Fakt ist: Der von der EU festgesetzte Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickoxid ist rein willkürlich, was schon ein Vergleich mit den Grenzwerten für Büros und Wohnungen zeigt, gelten dort ja immerhin 60 Mikrogramm. Wer sich also fünf Tage die Woche acht Stunden lang 60 Mikrogramm aussetzen darf, der soll auf offener Straße vor 43 oder 45 Mikrogramm geschützt werden? – Wie offensichtlich sinnentleert, ja schikanös ist das denn!

Fakt ist: Das Fahrverbot ist unsozial. Es trifft ganz überwiegend Menschen, denen es nicht möglich ist, schnell mal ein neues Fahrzeug zu erwerben. Ganz unabhängig davon kann ihnen auch niemand garantieren, wie lange denn ein Euro-6-Diesel noch genutzt werden darf, wenn es nach den grün-roten Individualverkehrshassern geht. Nur ein kleines Beispiel: Euro-5-Fahrzeuge wurden in Deutschland bis einschließlich September 2015 produziert und verkauft. Das heißt, viele dieser Autos, die Ende die-

ses Jahres in dieser Stadt nicht mehr fahren dürfen, sind jetzt gerade mal sieben Jahre alt.

Fakt ist: Die Grenzwertüberschreitungen beruhen doch vor allem darauf, dass die Stadt ihre Messstellen direkt an den Rand der problematischsten Straßenabschnitte platziert hat, statt wenigstens die von der EU gnädigerweise zugewilligten zehn Meter Abstand einzuhalten.

Fakt ist: Grenzwertüberschreitungen konnten in München zuletzt nur noch an wenigen Stellen, nur noch an wenigen Tagen und auch dann nur um ganz wenige Mikrogramm festgestellt werden.

Fakt ist: Die Stickstoffdioxidwerte sind in München in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Es bräuchte insoweit nur noch maximal ein oder zwei Jahre, bis keinerlei Überschreitungen dieses willkürlichen Grenzwertes mehr gegeben sein werden. Diese aber nun nicht abwarten zu wollen und dafür lieber Zehntausende auf ihr Auto angewiesene Menschen aus der Stadt auszusperren, ist aus Sicht der AfD jedenfalls inakzeptabel und, wie ich schon sagte: sehr unsozial.

Fakt ist: Durch das Dieselfahrverbot wird es zu einem drastisch erhöhten Verkehrsaufkommen auf den Schleichwegen durch die angrenzenden Wohngebiete kommen, wird insgesamt also sogar mehr NO₂ emittiert. In Berlin wurde das nachgewiesen, weil es genau dort passiert ist.

Fakt ist: Die Landeshauptstadt München, so wie vorher auch der Freistaat, lässt sich hier von einem windigen Abmahnverein regelrecht erpressen, ach ja, auch noch von einem Öko-Verkehrsclub, der Lastenfahrräder propagiert; das ist etwas, dem wir Abgeordnete hier im Hohen Hause doch bitte eine ganz klare Absage erteilen sollten.

Weil die EU bereits darüber nachdenkt, die Grenzwerte noch weiter, auf 20 oder gar 10 Mikrogramm abzusenken – die WHO hat es bereits empfohlen –, ist auch der zwei-

te Teil unseres Antrages von ganz überragender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bayern und verdient doch hoffentlich insoweit auch Ihre Zustimmung.

Ich komme zum Schluss. Wir fordern den Landtag dazu auf, Brüssel unmissverständlich klarzumachen, dass Bayern sich weitere Verschärfungen dieses willkürlichen Grenzwertes nicht wird gefallen lassen. Wir fordern CSU und FREIE WÄHLER – und ich schaue Sie hier alle an – auf, sich mit uns zusammen schützend vor die verzweifelten Dieselfahrer zu stellen, wieder die Verantwortung für diese zu übernehmen und insoweit deshalb heute auch unserem Antrag zuzustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Alexander Flierl, CSU-Fraktion, auf.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich voranzustellen: Niemand in Bayern will Dieselfahrverbote, niemand will diejenigen treffen,

(Zuruf von der AfD)

die sich entweder kein neues Auto leisten können oder die sehr weit aus dem Umland nach München pendeln müssen und dazu einen sparsamen Diesel nutzen. Niemand in diesem Haus will dies, vielleicht bis auf die linke Seite dieses Hauses, SPD und GRÜNE. In der Stadt München setzt jetzt eben Rot/Grün mit seiner Mehrheit eine Anti-Mobilitätspolitik fort. Das geht weit über das hinaus, was wir sonst von den GRÜNEN gewohnt sind. Meistens wird ja eine grüne Verbotsrhetorik an den Tag gelegt.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist so scheinheilig!)

Hier wird sie aber in die Tat umgesetzt, auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Diese Stadtverwaltung setzt auf den Verbotsknüppel statt auf Kreativität; die geplanten Einschränkungen in der rot-grünen Verkehrsplanung werden auf die Überschreitungen von Grenzwerten gestützt. Wir dürfen aber natürlich nicht verkennen, dass an neuralgischen Punkten, am Mittleren Ring, insbesondere natürlich auch im Bereich der Landshuter Allee, die Grenzwerte überschritten werden, dass es hier Probleme gibt, dass die Grenzwerte sogar teilweise erheblich überschritten werden und hier eindeutig Handlungsbedarf besteht. Aber es hätte auch andere Möglichkeiten gegeben, um hier in München Verbesserungen der Luftqualität sicherzustellen. Viele Vorschläge wurden unterbreitet; alle Vorschläge wurden abgelehnt.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Von der Stadt!)

So wurde zum Beispiel empfohlen, die Dieselbusflotte wesentlich schneller durch Elektrobusse zu ersetzen. Es wurde empfohlen, eine Busspur einzurichten. Es wurde empfohlen, eine Immissionsschutzwand zu errichten. Es wurde sogar berechnet, dass dies etwas bringen würde. Natürlich wurde auch eine Tunnelverlängerung angeregt, aber Rot-Grün hat es im Stadtrat vorgezogen, Tunnelbaumaßnahmen gleich in der ersten Stadtratssitzung abzulehnen. Dies zeigt: Andere Möglichkeiten hätten bestanden, aber nein, man setzt hier auf ein Dieselfahrverbot.

Deswegen muss auch die Verantwortlichkeit dorthin verlagert werden, wo sie ist. Sie liegt bei der Stadt München, sie liegt nicht hier in diesem Hause. München hätte es in der Hand gehabt, München hätte die Möglichkeit gehabt, die Grenzwerte

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Sie haben es der Stadt München eingebrockt!)

letztendlich einzuhalten und dann eben dafür Sorge zu tragen, dass es nicht zu diesen Verkehrsverboten kommt.

(Hep Monatzeder (GRÜNE): Die Verantwortung wurde abgegeben! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Verantwortung übernehmen!)

Deswegen ist diese Entscheidung der Stadt München äußerst bedauerlich.

Aber genauso wenig hilft uns hier der Antrag der AfD, er führt uns nämlich auch nicht weiter.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Denn wie üblich ist die AfD die gesamte Problematik, die gesamte Situation wieder einmal unterkomplex, um es höflich auszudrücken, angegangen. Die Aufteilung der Planungshoheit war nämlich eindeutig, sachgerecht und sinnvoll. Die großen kreisfreien Städte mit über 100.000 Einwohnern haben richtigerweise die Zuständigkeit für die Luftreinhaltepläne erhalten, wie sie sie übrigens auch schon bei den Lärmaktionsplänen haben. Die Zuständigkeit wird eben dort gebündelt, wo sie hingehört, damit Entscheidungskompetenzen vor Ort gestärkt werden, bei einer Behörde angesiedelt, und Entscheidungsprozesse werden gestrafft, sodass eben die Umsetzung in einer Hand zusammengefasst wird.

Auch der zweite Teil des Antrags hilft uns hier keinesfalls weiter. Die Grenzwerte für Stickstoffdioxid liegen derzeit bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Schon dieser Grenzwert ist in der Landshuter Allee schwer einzuhalten. Die EU-Kommission will diesen Grenzwert halbieren, die WHO will ihn sogar auf 10 Mikrogramm pro Kubikmeter senken. Die Staatsregierung hat hier bereits insistiert, hat auf den entscheidenden Ebenen, auf europäischer Ebene und auf Bundesebene, darauf hingewiesen, dass es dann eben zu Umsetzungsproblemen kommen wird, dass wir auch mit dieser Reduzierung der Grenzwerte nichts erreichen werden.

Allerdings müssen wir auch festhalten, dass die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei einer Anhörung im Dezember letzten Jahres die Vorschläge der EU-Kommission gutgeheißen hat, Zustimmung signalisiert hat. Auch die Mehrheit der deutschen Länder favorisiert die Reduzierung des Grenzwertes und trägt diese mit. Bayern ist hier also allein. Bayern hat hier gemahnt und die entsprechenden Schritte eingeleitet. Aber wir alleine können diese Grenzwertreduzierung eben nicht verhindern.

(Zurufe)

Deswegen fehlt es wie immer bei den AfD-Anträgen an Realitätssinn. Wir werden dem Antrag der AfD daher nicht zustimmen, wir werden diesen ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Henkel, AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Kollege Flierl, ich stelle zunächst einmal fest, dass Sie eigentlich all das bestätigt haben, was ich hier vorgetragen habe. Ich war nicht sehr euphorisch, dass Sie hier meinem Antrag zustimmen würden, aber überlegen Sie sich's noch mal.

Ihr Kollege Brannekämper macht zusammen mit dem CSU-Mitglied Dr. Haberland unglaubliche Aktionen gegen dieses Dieselfahrverbot. Sie treten alle drauf, machen groß den Mund auf und sagen, wir, die CSU-Leute, sind gegen dieses Dieselfahrverbot. Aber dann sitzen Sie hier im Landtag – und ich fordere Sie auf, diesem Antrag zuzustimmen und damit klarzumachen, was hier aus diesem Hohen Haus heraus für eine Anordnung ergeht, was man hier machen will, dass man sich schützend vor die Autofahrer stellen will –, und dann tun Sie das einfach nicht, weil Sie es nicht dürfen oder weil Sie es nicht wollen oder weil der Antrag von der falschen Partei kommt. Ich sage Ihnen noch mal hier: Erklären Sie bitte den Bürgern da draußen, den Dieselfahrern mit Euro-4- und Euro-5-Autos, die sich kein anderes Auto leisten können, dass Sie diesen Antrag von mir und der AfD nicht

(Das Rednermikrofon wird abgeschaltet)

unterstützen wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Bravo! – Beifall)

Alexander Flierl (CSU): Man kann nur applaudieren, nachdem das Mikrofon abgestellt worden ist, bei diesen unsäglichen Ausführungen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das war nicht ich, das war der Herr Kollege selbst, aber die Redezeit war tatsächlich überschritten. Bitte schön, Herr Flierl.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Oh, Sie drehen sich selber das Wort ab, super! Machen Sie das öfters! – Heiterkeit)

Alexander Flierl (CSU): Entschuldigung, Herr Präsident, ich hätte natürlich auf Ihre Aufforderung zum Reden warten müssen; ich bitte da vielmals um Verzeihung. Aber ich glaube, das war die richtige Entscheidung hier, damit wir diesen Ausführungen nicht weiter zuhören müssen. Ich antworte aber natürlich gerne darauf.

(Zuruf von der AfD: Warum spricht eigentlich nicht Herr Brannekämper?)

Die CSU und die FREIEN WÄHLER sind diejenigen, die sich ganz klar und eindeutig zum Individualverkehr bekennen – gerade da wir die Parteien des ländlichen Raumes sind – und dafür eintreten, dass Individualverkehr weiterhin möglich sein muss,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

vom Straßenbau letztendlich bis zum Verzicht auf derartige Dieselfahrverbote.

(Uli Henkel (AfD): Dann stimmen Sie dem Antrag zu und zeigen Sie das den Menschen!)

Sie verkennen hier wieder die Sach- und Rechtslage völlig.

Selbst wenn wir die alte Rechtslage anwenden würden, könnten gerade die Fragen der Verkehrsplanung nur im Einvernehmen mit der örtlichen Behörde, also mit der Landeshauptstadt München, umgesetzt werden. Es wäre also überhaupt nichts gewonnen. Wir haben uns 2021 dafür entschieden, diese Prozesse in einer Hand zu bündeln, hier also kommunale Verantwortung einzufordern. Dieser Verantwortung

muss sich die Stadt München jetzt auch stellen und davon abrücken, Dieselfahrverbote festzulegen. Sie muss vielmehr dafür sorgen, dass andere, alternative Maßnahmen zu einer Einhaltung der Grenzwerte führen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Flierl. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Dr. Markus Büchler.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Flierl, was Sie zu dem Antrag derer, die offensichtlich Diesel im Hirn haben, gesagt haben, dem muss man nichts hinzufügen.

(Uli Henkel (AfD): Im Blut! Im Blut!)

Dazu ist alles gesagt. Aber, Herr Kollege Flierl, was Sie zum Zustandekommen der momentanen Situation mit den Dieselfahrverboten gesagt haben, das ist so verlogen, so unverschämt und so sachfremd!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, die CSU und die FREIEN WÄHLER und die Staatsregierung, haben sich vor der Verantwortung für die Luftreinhaltung gedrückt und haben der Landeshauptstadt München eins reinwürgen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben absichtlich, um Rot-Grün zu beschädigen und den Schwarzen Peter zuzuschieben,

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

die Pflicht zur Luftreinhaltung aufgrund der EU-Vorgaben auf die Kommunen abgeschoben, sie nach unten weggedrückt und euch feige aus der Affäre gezogen. Das ist der Hintergrund der ganzen Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Kommunale Selbstverwaltung! – Zurufe von der AfD)

Der Landeshauptstadt München ist dann in ihren begrenzten Möglichkeiten – sie ist ja kein Gesetzgeber, sie ist kein Bundesland – natürlich nichts anderes mehr übrig geblieben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh!)

Die Maßnahmen, die Sie als Alternativen angeführt haben, sind ja eine Farce. Irgendwelche Wände bauen und über zehn, zwanzig Jahre Tunnel graben, wenn wir jetzt ein Problem haben! Das ist ja kein ernsthafter Lösungsvorschlag.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: 103 Maßnahmen sind angeboten worden!)

Der Stadt bleibt dann natürlich nichts anderes mehr übrig, als die völlig unpopulären Dieselfahrverbote zu verhängen, vor denen Sie sich in der Verantwortung gedrückt haben, als Sie noch dafür zuständig waren. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Übernehmen Sie mal Verantwortung! – Zurufe von der CSU)

Ganz davon abgesehen, haben die Grenzwerte, die hier ja auch schon infrage gestellt worden sind, natürlich auch einen Sinn; denn die Grenzwerte macht man ja nicht aus Jux und Tollerei, sondern um Menschen und vulnerable Personengruppen zu schützen, um Kinder zu schützen. Stickoxide, NO_x, sind schädlich. Deswegen muss man hier von den Werten runterkommen. Deswegen gibt es überhaupt Luftreinhaltepläne. Aber das zentrale politische Problem ist hier, dass Sie sich feige aus der Verantwortung gestohlen haben, und wie Sie das hier hingedreht haben, Herr Flierl, finde ich schamlos.

(Beifall bei den GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Deswegen Lützerath, ja ja! – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Büchler, weil Sie genau alles das gesagt haben, was ich gerne gesagt hätte, wenn ich mehr Redezeit gehabt hätte. Vielen, vielen herzlichen Dank dafür! Ja, Sie haben Mut zur Wahrheit. Sie haben genau das gesagt, was wir auch denken. Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben diese Verantwortlichkeit an die Stadt München abgeschoben und haben damit den Autofahrer der Stadt München ausgeliefert. Deshalb wollte ich der CSU und den FREIEN WÄHLERN heute die Chance geben, diesen Fehler zu korrigieren und sich wieder vor den Autofahrer, vor den Dieselfahrer zu stellen, der ein sieben oder acht Jahre altes Auto hat und jetzt nicht mehr in die Stadt reinfahren darf. Herzlichen Dank, Herr Dr. Büchler. Ihre Wahrheit und meine Wahrheit zusammen sollten die CSU dazu bewegen, jetzt dem Antrag der AfD zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Büchler, bitte.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Jetzt ist, glaube ich, der Kollege Brannekämper nicht im Raum.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Der ist krank!)

– Ist okay. – Aber mir ist aufgefallen, dass wir jetzt schon mehrfach die Situation hatten, dass das, was der Kollege Brannekämper da draußen plakatiert, danach mit einem Dringlichkeitsantrag der AfD hier hereinkommt. Redet mal mit ihm, wenn er wieder genesen ist, dass er vielleicht mal etwas Sinnvolles da draußen plakatiert!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Dr. Mehring von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Bächler, nur ein Dienst an Wahrheit und Klarheit im Hinblick auf den Sonderfall der Landeshauptstadt München: Ist Ihnen bekannt, dass es – Stand vor zwei Jahren – neun Gebietskörperschaften im Freistaat Bayern gab, die nicht in der Lage waren, die Grenzwerte einzuhalten, dass das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz diesen Kommunen 103 Maßnahmen an die Hand gegeben hat und dass dann acht dieser neun Kommunen wie von Geisterhand in der Lage waren, nach Umsetzung dieser Maßnahmen die Grenzwerte einzuhalten?

(Zuruf von den GRÜNEN: Stimmt überhaupt nicht!)

De facto waren es alle außer der Landeshauptstadt München. Könnte es also vielleicht sein, dass es überall klappt, außer dort, wo Rot und Grün regieren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe: Genau so ist es, genau so! Bravo! – Florian von Brunn (SPD): Oh!)

Dr. Markus Bächler (GRÜNE): Lieber Kollege Mehring, sicherlich ist dir aber auch bekannt, dass die Landeshauptstadt München ein bisschen größer als die anderen Kommunen ist, dass dort die verkehrliche Situation und die Anzahl der Pkw vielleicht ein bisschen anders sind und dort andere Gegebenheiten sind. Daran wird es wahrscheinlich liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bächler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Benno Zierer für die FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass wir FREIEN WÄHLER keine Freunde von Fahrverboten sind, ist bekannt, vor allem nicht, wenn Gewerbetreibende und Handwerker davon unverhältnismäßig betroffen werden. Überall in Bayern werden die Luftgrenzwerte eingehalten, nur in München am Mittleren Ring nicht. Das liegt nicht nur an dem enormen Verkehr, son-

dern auch daran, dass München Maßnahmen versäumt hat, wie eine Ringautobahn und Entlastungen um München herum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Oh!)

Es liegt an Fehlern der Verkehrsplanung der Stadt München. Keine Verlängerung des Tunnels der Landshuter Allee, kein kreuzungsfreier Ausbau des Mittleren Rings Ost – das sind nur zwei Beispiele. In München sind kaum Elektrobusse unterwegs; es gibt 25 für ganz München. In anderen deutschen Großstädten sind es wesentlich mehr. Das Ergebnis einer solchen Verkehrspolitik sieht und spürt man täglich auf den Straßen: Staus, Verkehrsbrennpunkte und schlechte Luftqualität. Ausbaden müssen es jetzt die Pendler.

Wir werden den Antrag der AfD trotzdem ablehnen, weil die Aufgabe bei der Stadt München liegt. Die Meinung der Bevölkerung wird die Stadt München zur Genüge zu spüren bekommen, und im Endeffekt wird ein Gericht das Ganze entscheiden. Dass die Städte das selber regeln, macht Sinn. Andere Städte kriegen das besser hin. Man muss nicht alles von oben diktieren. Die Münchner wissen, wo man ansetzen muss. Es gibt keinen Grund, zur alten Zuständigkeit zurückzukehren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Benno Zierer, du hast gerade gesagt, es sei von der Landeshauptstadt versäumt worden, den Autobahnring zu schließen. Mir ist bisher nur nicht bekannt gewesen, dass der Autobahnring um München auf dem Gebiet der Landeshauptstadt liegt. Aber ich halte jetzt fest, dass du oder die FREIEN WÄHLER dafür sind, den Autobahnsüdring zu bauen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Selbstverständlich muss man verkehrstechnische Maßnahmen in Angriff nehmen. Ich sage Ihnen eines: Seit dreißig Jahren haben wir in Freising dafür gearbeitet,

(Florian von Brunn (SPD): Hast du da auch Grundstücke zu verkaufen wie bei der dritten Startbahn?)

– bitte aufpassen – dass wir eine Ost- und Westumfahrung haben. Jetzt können wir die Stadt verkehrsberuhigen. Jetzt können wir all das für die Radfahrer machen, was wir seit Jahren wollen. Aber wir haben uns hingestellt und dafür gekämpft. Jetzt ernten wir den Erfolg. München hat sich immer weggedrückt. Das ist das Problem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Zierer. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Inge Aures.

Inge Aures (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt die Diskussion mal wieder darauf zurückführen, dass wir hier im Bayerischen Landtag sind und nicht im Münchner Stadtrat. Also, wir debattieren hier – angefangen von der AfD in der Begründung, auch vom Kollegen Flierl –, und ihr habt euch nur auf München kapriziert. Aber ihr habt den Antrag wahrscheinlich gar nicht gelesen. Es geht darum, euer Werk, das Bayerische Immissionsschutzgesetz, das letztens noch umgedreht worden ist, wieder zurückzudrehen. Der Kollege hat sich jetzt am Schluss noch einmal dazu geäußert. Aber der wichtigste Punkt ist: Wollen wir dabei bleiben, dass der Freistaat Bayern die Kompetenz auf die Kommunen mit über 100.000 Einwohnern übertragen hat, oder wollt ihr das wieder zurückdrehen?

Wenn man die Kompetenzen, die man nicht mehr haben wollte, weitergegeben hat, dann braucht man sich nicht hierher zu stellen und zu lamentieren, dass die Städte und Gemeinden jetzt einfach selber ihre Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Das spielt ja keine Rolle! Der Münchner Stadtrat ist der Souverän für die Stadt. Wenn Sie sich im Übrigen mal die Stickoxidwerte anschauen, die hier in der Landeshauptstadt gemessen werden, dann frage ich Sie: Wieso haben Sie denn die Stammstrecke nicht schon lange gebaut? Warum müssen denn wir jetzt die ganze Zeit Untersuchungsausschüsse, Unterausschüsse, ein Haufen Geld – – Ja, da wirst du ja verrückt. Das ist doch nicht normal!

(Alexander König (CSU): Ja, eine Seilbahn hat auch noch niemand gebaut!)

– Wir hätten es ja gebaut. Das wäre ja kein Problem, dann wären jetzt heutzutage schon richtige Denkmäler erschlossen. Das ist überhaupt ein guter Vorschlag, Herr König. Bringen Sie diesen in den nächsten Haushaltsberatungen doch einmal detaillierter ein. Diese finden jetzt bald statt.

Zurück zum Thema: Wir machen nicht mit. Wir drehen die Uhr nicht zurück. Die Kompetenzen sind jetzt übergeben worden, und dabei bleibt es. Damit muss man leben. Ich glaube, man muss anderweitig tätig werden. Man muss mit der Automobilindustrie sprechen. Man muss versuchen, Alternativen zu entwickeln, damit der Stickstoffeintrag bei den Immissionen zurückgeht. Dies ist unsere Aufgabe, die wir hier mit anderen Rahmenbedingungen erfüllen können. Wir müssen darauf setzen, kurzfristige, aber nachhaltige Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr herbeizuführen. Das ist unsere Aufgabe. Hier haben wir jetzt bei den Haushaltsberatungen die Möglichkeit, entsprechendes Geld für ÖPNV, SPNV und was auch immer ansteht einzustellen. Ich denke, damit könnten wir im Bayerischen Landtag dazu beitragen, die Stickstoffbelastung zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Frau Kollegin Aures. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Frau Kollegin Aures, heute war die Stunde der Wahrheit. Wir wissen jetzt, dass der Südring endlich kommen wird und dass jetzt viel in Bewegung kommt, dass die CSU klar hinter dem Dieselfahrer steht, diesen enteignungsgleichen Eingriff nicht gut findet und alles dafür tun wird, damit die Menschen ihr Auto fahren können. Ich frage Sie, weil ich weiß, Sie waren lange Bürgermeisterin und haben bestimmt einen guten Draht zum Münchner Bürgermeister: Wollen Sie nicht mit ihm sprechen und ihn bitten, dies zurückzunehmen, weil es in zwei Jahren ohnehin keinerlei Verletzungen der Grenzwerte mehr gibt?

Was den Mittleren Ring betrifft: Ich würde weniger laut sprechen, wenn es nur um die Innenstadt ginge, aber der Mittlere Ring ist die wichtigste Verkehrsader, die wir in Bayern haben, und die meistbefahrene Straße! Wenn Sie diese für 600.000 Euro-4-Diesel, die es in Bayern noch gibt, sperren, dann bricht hier etwas zusammen, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): – und es wird wirtschaftliche Schäden geben. Deshalb meine Bitte an Sie, liebe Frau Aures: –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): – Sie sind charmant, sprechen Sie mit dem Bürgermeister. Vielleicht geht hier noch etwas.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Aures, bitte.

Inge Aures (SPD): Also, erstens bin ich nicht charmant –

(Lachen des Abgeordneten Uli Henkel (AfD) – Zurufe: Oh!)

– und zweitens würde ich mir nicht erlauben, gegenüber dem Münchner Oberbürgermeister irgendetwas anzumerken und zu sagen, er habe dieses oder jenes zu tun. Dies hätte ich mir als Oberbürgermeisterin der kleinen Stadt Kulmbach auch verbeten. Herr Oberbürgermeister Reiter weiß, was er tut, und macht dies schon richtig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Aures. – Nächster Redner ist Herr Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zu den guten Nachrichten des Tages komme, möchte ich aus eigener Erfahrung feststellen: Frau Kollegin Aures kann sehr wohl sehr charmant sein. Die gute Nachricht lautet, die Münchner Luft wird immer sauberer. Lediglich eine einzige Messstelle musste im dritten Quartal, nämlich die an der Landshuter Allee in München, Grenzwertüberschreitungen feststellen. Nichtsdestoweniger hat die rot-grüne Stadtregierung dort ein stufenweises Fahrverbot für Dieselfahrzeuge verhängt. Dies halten wir für keine gute Idee.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört aber auch die Frage: Wer hat uns das Ganze eingebrockt? – Die Änderungen, über die der Antragsteller hier sprechen möchte, stammen natürlich von der Staatsregierung. Hier haben die Kollegen, die dies angesprochen haben, vollkommen recht. Die Staatsregierung hat beim Thema Luftreinhaltung wie immer versagt. Auch hier ist kein positives Ergebnis festzustellen gewesen. In der Umweltpolitik wurden keine nennenswerten Ziele erreicht. Hier hat Herr Kollege Büchler recht. Auch Frau Kollegin Aures hat an dieser Stelle recht. Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen.

Im Gegensatz zu den Kollegen von der AfD-Fraktion wollen wir nichts leugnen, sondern etwas lösen. Deswegen können wir dem Antrag nicht zustimmen. Hier gibt es bessere Vorschläge. Die Zeit dafür schenke ich uns jetzt aber.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

(Uli Henkel (AfD): Wer wiedergewählt werden will, tut etwas für die Autofahrer!)

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung, die ich jetzt eröffne.

(Namentliche Abstimmung von 21:53 bis 21:56 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/26045 mit 18/26048 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD betreffend "Keine Dieselfahrverbote in Bayern", Drucksache 18/26044, bekannt. Mit Ja haben 16, mit Nein 124 gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.01.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Uli Henkel, Franz Bergmüller, Gerd Mannes und Fraktion AfD; Keine Dieselfahrverbote in Bayern (Drucksache 18/26044)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar	X		
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred			
Güller Harald			
Guttenberger Petra			
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			
Halbleib Volkmar		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	16	124	0